



Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 12 - Mainz, den 21.5.2012

Die Bepo leistet keinen Beitrag zur inneren Sicherheit?

Dies behauptete jedenfalls die Fraktion der SPD in der Plenardebatte des rheinland-pfälzischen Landtags vom 3. Mai 2012. Hintergrund ist ein Antrag der CDU - Fraktion, die beabsichtigte Schließung des Bereitschaftspolizeistandes Schifferstadt durch eine unabhängige Kommission überprüfen zu lassen, der mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt wurde.

Eine neutrale Bewertung durch eine unabhängige Kommission hatte die GdP Bezirksgruppe Bepo bereits in einer Resolution auf ihrer im Februar stattfindenden Konferenz beschlossen und bei der Landesregierung schriftlich eingefordert. Eine **sicherheitspolitische Analyse unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten** und eine Folgenabschätzung wären nach Auffassung der GdP für das bevölkerungsreichste Gebiet in Rheinland-Pfalz, vor einer so gravierenden politischen Entscheidungsfindung, notwendig gewesen.

Stattdessen fallen in der Plenardebatte vom Vertreter der SPD Fraktion Sätze wie: **Was die Bepo macht, hat nichts - aber auch Garnichts - mit der Sicherheitslage zu tun, [...] die fährt irgendwo hin - macht nur mal eine Kontrolle, [...] der Standort Schifferstadt ist verzichtbar – auch wenn das wehtut, [...] die Beamten können ja die Dienststelle wechseln statt nach Enkenbach zu gehen. Der Beamte von der Kleiderkammer leistet eh keinen Beitrag zur Sicherheit usw.usw.** (<http://www.landtag.rlp.de/icc/Internet-DE/nav/bee/bee30850-a21e-2631-73f9-370286d35f8f.htm>).

Wer sich so äußert ist nicht am Thema dran und zeigt eklatante Wissenslücken. Schrecklich und peinlich finde ich es, wie die Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen und die Standortaufgabe in Schifferstadt bei Politikern der regierungsbildenden Parteien gesehen und im Parlament öffentlich formuliert werden“, sagt GdP-Vize **HELMUT KNERR** und zuständig für Bepo-Themen im Landesvorstand.

Mahnende Stimmen aus der Bevölkerung, der regionalen Politik, der Landtagsopposition und der GdP bleiben bei der Regierung und den sie tragenden Landtagsfraktionen unberücksichtigt. Spareffekte werden derzeit nur einseitig im Polizeihaushalt in der Ausgabenschatulle politisch postuliert. Zu konstatieren ist, dass die Entscheidung wohl steht. Mit den Konsequenzen wird die Bevölkerung, aber auch die Polizei zurecht kommen müssen. Die GdP wird diesen schwierigen Prozess in den nächsten Monaten sehr aufmerksam begleiten.

HELMUT KNERR: „Die Entscheidung zur Schließung des Bepo-Standes ist nun wohl Fakt. Ängste vor einer erneuten anderslauteten Meinung von Experten können es schon sein, weshalb man den externen Untersuchungsprozess scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Die GdP hätte deren Votum akzeptiert...“.